

# Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt \* Leipziger Jüdische Zeitung

## WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

**Anzeigenpreise:** 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 30 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorweisung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 15070 unter „Allgemeines jüdisches Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

**Verlag und Redaktion:**  
Allgemeines jüdisches Familienblatt  
Leipzig, Löhstraße Nr. 6 — Telefon 21516  
Postscheckkonto Leipzig Nr. 15070  
Bankkonto Sächsische Staatsbank, Leipzig  
Erscheint jeden Freitag — Redaktionsschluß Dienstag mittag.  
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

**Bezugspreise:** Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich. 2.40 Mark vierteljährlich (exklusive Bestellgeld). Streifenband - Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Löhstraße Nr. 6 I; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 2. Leihbibliothek, Nordstraße 29. M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstraße 4. Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kaulbadstraße 25.

### Chronik der Woche

**Der „Ottynier Rebbe“ gestorben.** Rabbi Chaim Hager, der als „Ottynier Rebbe“ bekannte Chassidim-Führer, ist auf der Durchreise in Krakau plötzlich verschieden. Er war ein Sohn des in der chassidischen Welt weit und breit populären „Alten Wiznitzer“, Rabbi Baruch Hager. Rabbi Chaim wurde in Stanislaw, wo er seit mehreren Jahren wohnte, unter Teilnahme der gesamten jüdischen Bevölkerung zu Grabe getragen.

**Die Amsterdamer jüdische Gemeinde in Zahlen.** Nach einer von der aschkenasisch-jüdischen Gemeinde Amsterdams durchgeführten Statistik lebten in Amsterdam Ende 1930 62443 Juden. Im Jahre 1930 wurden in Amsterdam 778 jüdische Kinder geboren, 368 jüdische Ehen wurden geschlossen und 18 jüdische Ehen gemäß dem jüdischen Gesetz geschieden. Die jüdischen Religionschulen waren von 1899 Kindern besucht.

**Vier ausländische Juden Mitglieder des Consistoire Juif.** Die soeben in Paris stattgefundenen Jahresversammlung des Consistoire Juif (Konsistorium der jüdischen Gemeinden Frankreichs) verlief sehr stürmisch. Zum ersten Male in der Geschichte des Konsistoriums standen ausländische Juden zur Wahl als Mitglieder dieser Körperschaft. Eine Anzahl Redner wandte sich gegen die Wahl von Ausländern in die oberste jüdische Behörde Frankreichs, die ihrer Meinung nach einer „Fremden-Invasion“ gleichkäme. Ein Mitglied des Konsistoriums unterstrich seinen Protest sogar durch Bekanntgabe seines Rücktritts. Diese Gruppe blieb aber in der Minderheit. Der Präsident des Konsistoriums erklärte, die Frage der Nationalität stehe nicht zur Debatte, bei der Wahl käme es einzig und allein auf die Religionszugehörigkeit an.

Schließlich wurden vier ausländische Juden, unter ihnen Baron Alfred Ginsbourg und der Zionistenführer Jizchak Naiditsch, zu Mitgliedern des Konsistoriums gewählt.

**Die Zahl der jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres.** In letzter Zeit befaßten sich mehrere stark rechtsgerichteter Zeitungen mit der Zahl der im Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten im deutschen Heer. Dabei wurden ganz geringe Zahlen genannt, die kaum ein Viertel der jüdischen Gefallenen entsprechen. Aus dem „Schild“ entnehmen wir dazu folgendes:

„Wir haben durch Umfrage eine jederzeit nachprüfbare Liste von 10874 Namen jüdischer Gefallener des deutschen Heeres im Weltkrieg gesammelt. Von diesen konnten bisher allein 9774 in Zentral-Nachweiseamt Spandau so identifiziert werden, daß in obiger Liste bei 9774 Namen die Nummer angegeben ist, unter der in Spandau das gesamte Stammrollenmaterial über den Betroffenen eingesehen werden kann. Von weiteren 220 liegt die eingeholte standesamtliche Bestätigung vor. Eine genaue Liste wäre nur zu erzielen, wenn das ungeheure Material des Zentral-Nachweiseamtes einmal durchgearbeitet ist. Die bisher auf Grund der vorsichtigen Statistik von Silbergleit und Segall angenommene Zahl von 12000 jüdischen Gefallenen dürfte nach obiger Liste, die natürlich nur einen Teil der Gefallenen erfassen konnte, alsdann wahrscheinlich beträchtlich überschritten werden.“

Jedenfalls ist die Mindestzahl von 12000 jüdischen Gefallenen als sicher anzusehen. Es ist eine Schmach, daß wir heute noch gezwungen sind, die Blutopfer tausender deutscher Soldaten aktenmäßig festzustellen, damit verlogendste Parteihefte sie nicht aus dem Gedächtnis des deutschen Volkes stiehlt.“

### Atempause

Die vierte Notverordnung des Kabinetts Brüning und die Rede, mit der der Reichskanzler das Inkrafttreten der Notverordnung begleitete, sind nicht nur ein innerpolitisches Ereignis höchster Bedeutung gewesen, sondern sie haben auch außenpolitisch das stärkste Aufsehen in der ganzen Welt erregt. Die Ankündigung eines Burgfriedens, der zunächst bis in die ersten Januarstage 1932 dauern soll, hat für einige Wochen der lärmenden Betätigung der radikalen Parteien in Deutschland, besonders den Aktionen der Nationalsozialisten, eine Unterbrechung aufgezwungen. Die scharfen Worte, die Brüning gegen die Nationalsozialisten gefunden hat, haben, wie einzelne große Zeitungen in Deutschland treffend feststellen konnten, die Psychose eingedämmt, unter der die gesamte Öffentlichkeit gestanden hat. Die Psychose lag darin, daß man mit einer unmittelbaren oder nur durch wenige Tage geschiedenen Machtergreifung der Nationalsozialisten fatalistisch rechnete und innerlich gefaßt war, die Dinge so treiben zu lassen, wie sie gingen. Brünings starke Rede hat ernüchternd gewirkt und zu den politischen Realitäten zurückgeführt.

Diese politischen Realitäten sind aber zunächst weder durch Notverordnung noch durch Brünings Rede in ihr Gegenteil verkehrt worden. Nach wie vor besteht die Tatsache, daß die Nationalsozialisten im Augenblick zahlenmäßig eine der größten Parteien in Deutschland sind und daß sie wahrscheinlich, sollte es im Augenblick zu Reichstagswahlen kommen, oder sollten die Abgeordneten für einen Preußischen Landtag gewählt werden, als allerstärkste von allen Parteien aus diesen Wahlkämpfen hervorgehen werden. Es würde zu weit führen, wollte man noch einmal darüber Untersuchungen anstellen, warum der Nationalsozialismus so stark geworden ist und wie er so stark werden konnte. Es genüge der Hinweis, daß sich die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Voraussetzungen im Augenblick in keiner Weise gegenüber der Situation vor einem Monat oder einem halben Jahr geändert haben und daß darum die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß die Nationalsozialisten nicht nur so stark bleiben, wie sie heute sind, sondern daß sie noch weiteren Zulauf aus der großen Masse der Enttäuschten, Verarmten und Arbeitslosen bekommen. Es nützt da nicht, sich auf Grund vernünftiger Erwägungen zu sagen, daß dieser Zulauf zu den Nationalsozialisten ein Verzweigungsakt ist, der in keiner Weise dazu führen kann, die Situation zu klären oder sie zu bessern, man muß dieses Unglück als gegeben ansehen und mit seiner unheilvollen Wirkung rechnen.

Immerhin hat die Aktion der Regierung durch ihre Notverordnung und durch ihre Erklärung für den Augenblick eine Atempause geschaffen, während welcher man mit

größerer Ruhe als noch vor wenigen Tagen die Situation zu überblicken vermag. Das gilt insbesondere für uns Juden, die wir leider durch eine unglückselige Verkettung von geschichtlich gewordenen Umständen in den Mittelpunkt dieses Geschehens in Deutschland gestellt sind und Gefahr laufen, daß alle Erschütterungen sich in erster Linie gegen uns auswirken werden. Wir sind heute in Deutschland stärker als jemals zuvor eine Schicksalsgemeinschaft, die unbekümmert um die persönliche Stellungnahme und die Herkunft der einzelnen Mitglieder dieser Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit bedroht ist. Darüber hinaus sind wir angesichts der akuten Gefahren, vor denen wir stehen, zu einer Notgemeinschaft geworden, welche es als ihre Hauptaufgabe betrachten muß, weniger zu rasonieren und Untersuchungen bezüglich der Vergangenheit anzustellen, als sich über Maßnahmen schlüssig zu werden, die im gegebenen Augenblick ergriffen werden sollen. Die Situation der deutschen Juden ist aber derartig, daß sie leider, trotzdem die deutschen Juden vielleicht viel besser als die Judenheiten auch in Ländern jüdischer Massensiedlung organisiert sind, doch aus sich heraus nicht die Fähigkeit haben, die wichtigsten Aufgaben, die sie angehen, zu erkennen und wahrzunehmen. In fast keinem Lande der Welt gibt es ein so gut ausgebautes Netz jüdischer Organisationen und jüdischer Gesamtverbände wie im deutschen Reich. Und hinwiederum in keinem anderen Lande der Welt haben die Juden weniger Sinn für ihre vitalsten, die Gesamtheit betreffenden Angelegenheiten wie in Deutschland. In England z. B. ist es selbstverständlich, daß der Gemeindeverband, der Board of Deputies, es als seine Hauptaufgabe betrachtet, die Judenheit nicht nur zu repräsentieren, sondern auch ihre fundamentalen Interessen wahrzunehmen. Zu diesen fundamentalen Interessen gehört in erster Linie der politische Status der Judenheit und der allgemeine, alle Juden einbeziehende Rechtsschutz, der ideologisch auf die objektive Grundlage gestellt ist, daß zwischen Juden und Juden nicht der geringste Unterschied gemacht wird. In Deutschland aber erleben wir die Tatsache, daß alle großen jüdischen Gemeinden und alle jüdischen Landesverbände mit ängstlicher Scheu den Gedanken weit von sich weisen, daß sie auch andere Aufgaben als die der Wahrnehmung religiöser Interessen zu übernehmen die Pflicht hätten. Bei uns in Deutschland hat man diesen Teil, den wesentlichsten und lebenswichtigsten gesamt-jüdischer Betätigung, einer Organisation überlassen, dem C. V., der dieser Aufgabe ideologisch seit Jahrzehnten nicht gerecht zu werden vermochte und darum heute, im Moment erhöhter Gefahr, in keiner Weise als eine Gesamtvertretung aller in Deutschland lebenden, von den möglichen